Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2,30 RM., zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpf. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpf., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 136 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 14. Juni 1930

Alltagssorgen.

Es war einmal . . . — Erste Young-Anleihe. Das Schicksal der Preissenkungsaktion. — Ein neuer Weltmeister.

„Es ist eine Lust, zu leben." — Wie aus einer unvordenklich weit zurückliegenden Zeit her klingt uns dieses Wort in die Ohren. Wie ein Märchen, das uns die Älteren erzählen. Wie ein „Es war einmal . . ." Es war einmal eine Zeit, in der wir Deutsche nicht immer nur mit sorgenvollen Blicken auf das Heute und Morgen sehen mußten, sondern die Augen darüber hinaus auch einmal richten konnten auf die Zukunft. Es war einmal eine Zeit, in der diese Sorgen des Alltags uns Deutsche nicht so vom Wirbel bis zur Zehe in Anspruch nahmen, in der uns die Möglichkeit gegeben war, aus dem Alltag zu entfliehen. Jetzt aber nimmt das Heute uns so absolut gefangen, daß wir selbst einem nicht bloß für die Gegenwart, sondern vielmehr noch für eine frühere und spätere Zukunft bedeutsamen Vorkommnis wie der Auflegung der ersten Young-Anleihe nur einen viel zu kurzen Blick gönnen. Und da kommt es doch zuwenig zum Bewußtsein, daß diese Auflegung, daß diese Anleihe überhaupt für Deutschland recht unbefriedigend ist. Befriedigt davon sind in der Hauptsache die Bankiers, die an diesem Geschäft vier Prozent Provision verdienen dürfen, was bei den 350 Millionen Dollar, also rund 1400 Millionen Mark, die nette Summe von 53 Millionen Mark ausmacht; denn der Emissionskurs beträgt ja nur 90 Prozent. Und der tatsächliche Zinsfuß von 6,8 für eine derart langfristige Anleihe eröffnet wenig befriedigende Aussichten sowohl hinsichtlich der Kosten, die ihre Nachfolgerinnen verursachen werden, wie auch hinsichtlich der Bedingungen, zu denen künftig z. B. Deutschland langfristige Kredite von Amerika aufnehmen müssen. Deutschland hat mit dieser ersten Teilmobilisierung seiner Zahlungsverpflichtungen infolge des nackten Egoismus der amerikanischen Bankiers — die ursprünglich noch mehr daran verdienen wollten, obwohl doch die Bankiersprovision bei Anleiheemissionen etwa 2 bis 2,5 Prozent beträgt — also ein recht schlechtes Geschäft gemacht; außerdem werden sich diese harten Bedingungen auch noch weiter auswirken. Nämlich auf die Erzeugungskosten der anleihebedürftigen deutschen Wirtschaft.

*

Hier umgrenzt ja ein ganzes Gebirge von Sorgen den Blick. Zwar hat die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Eisenindustrie mit ihrer darin enthaltenen Herabsetzung der übertariflichen Akkordlöhne um 7,5 Prozent nun auch sofort dazu geführt, daß die Eisen- und Stahlpreise mit Rückwirkung bis zum 1. Juni um durchschnittlich drei Prozent gesenkt worden sind, — aber die Schwierigkeiten um diesen Schritt bestehen doch erst. Sowohl nach der einen Richtung hin, wie nämlich die Arbeiter und Angestellten in der Eisenindustrie diese Maßnahme in der Praxis aufnehmen werden. Und dann ist die andere Frage viel wichtiger, ja entscheidend, ob die Preissenkung bei dieser „eisenschaffenden", also in der Hauptsache nur Halbfabrikate herstellenden Industrie sich gleichmäßig und in derselben Höhe nach allen Seiten sich auswirkt, außerdem schleunigst zu einer Reihe von entsprechenden Parallelaktionen überall in der deutschen Wirtschaft führt, so daß wir recht bald zu einer auch für den Konsumenten — und namentlich für den ab 1. Juli im Lohn herabgesetzten — spürbaren, allgemeinen Preissenkung kommen. Dafür soll ja die Lohn- und Preisherabsetzung in der Eisenindustrie den sozusagen psychologischen Antrieb geben, und es ist einfach wesentlich sogar für unsere allernächste Zukunft, ob damit ein Erfolg erzielt wird. Also nicht erst für übermorgen oder für noch später, sondern für sofort. Dabei wird sehr viel davon abhängen, daß die ein gleiches Ziel verfolgenden allgemeinen Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht ergebnislos im Sande verlaufen. Daß es sich hier um außerordentlich komplizierte, schwer zu prüfende, aber auch vielfach ganz verschieden liegende wirtschaftliche Verhältnisse handelt, ist ja das einzig Klare und leicht zu Verstehende dabei; bergehoch aber türmen sich noch die Kompliziertheiten, wenn nun ebenso vom Weltkreditmarkt wie vom Reich her — Steuererhöhung! — vorläufig noch gar nicht abzuschätzende Schwierigkeiten hinzutreten.

*

Trotzdem hat man in Deutschland nun doch einmal für kurze Zeit den Blick von der Wand grauer Alltagssorgen gewandt, die uns rings umgibt. Nicht Denken und Dichten, nicht Leistungen der Wissenschaft oder Technik waren es, die Deutschland einen neuen Weltmeisterschaftstitel brachten, sondern der Sport: Schmeling holte ihn sich, diesen Titel des „Boxweltmeisters" in Amerika, das seit mehr als 40 Jahren in dieser Beziehung unbesiegbar war. Aber in Deutschland gibt es doch eigentlich erst in der Nachkriegszeit den Boxsport —, wohl dieser gewaltige Gegensatz war es, der auch in weniger „box-begeisterten" Kreisen Deutschlands ein gewisses nationales Interesse für jenen Kampf und eine wenn auch gemäßigte Freude über den Ausgang erwecken ließ. Und wenn man es symbolisch nimmt: kaum mehr mit Denken und Dichten, wohl aber mit der Kraft seiner Fäuste muß sich heute der Deutsche Weltgeltung erkämpfen. Mit ihnen muß er jene graue Wand der Alltagssorgen durchstoßen, um sich Bewegungsfreiheit für eine spätere Zukunft zu schaffen. Tr. Pr.

Das Reichskabinett für Moldenhauers Programm

Neue Besprechungen über Etatsausgleich

Notopfer und Lastensenkung.

Reichskanzler Dr. Brüning ist am Freitag nach Berlin zurückgekehrt. Auf seiner Rückreise von einem Pfingstferienaufenthalt in Freudenstadt machte der Reichskanzler bei dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz einen kurzen privaten Besuch. In seiner Begleitung befand sich der von seinem Genesungsaufenthalt im Süden kommende Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, der von seiner schweren Krankheit völlig wiederhergestellt erscheint und der die parlamentarischen Arbeiten wieder mit frischen Kräften aufnehmen will. Reichskanzler Dr. Brüning sagte, er hoffe, die politischen Schwierigkeiten meistern zu können, im Bewußtsein, daß es eine andere Möglichkeit, der finanziellen und wirtschaftlichen Nöte Herr zu werden, nicht gebe.

Ob sich der Optimismus des Reichskanzlers bewahrheiten wird, werden ja die nächsten Tage zeigen, in denen die neuen Steuern und das Ausgabensenkungsgesetz im Reichstag vorgelegt werden und zur Verabschiedung kommen sollen.

Am Freitag nachmittag trat das Reichskabinett zusammen, um nochmals das Ausgabensenkungsprogramm durchzusprechen, über das vor den Pfingstferien zwar eine grundsätzliche Einigung innerhalb der Reichsregierung erzielt worden war, dessen endgültige Verabschiedung man indessen noch vertagt hat. Zur Kabinettssitzung war auch Reichsbankpräsident Dr. Luther geladen, um einmal über die internationale Anleihe Bericht zu erstatten, dann aber auch zur Auskunfterteilung über die schwebenden deutschen Anleihefragen und nötigenfalls zur Mitwirkung beim Finanzprogramm selbst.

*

Das Ergebnis der Kabinettssitzung

Amtlich wird über die Kabinettssitzung mitgeteilt:

Bei Beginn der Sitzung sprach der Reichskanzler den anwesenden Reichsbankpräsidenten Dr. Luther den Dank der Reichsregierung für die außerordentliche Umsicht aus, mit der er und seine Mitarbeiter die schwierigen Verhandlungen beim Abschluß der auf Grund des Haager Abkommens getätigten Anleihe geführt haben.

Der Reichsfinanzminister trug sodann die auf Grund der letzten Kabinettsbeschlüsse formulierte Begründung der Deckungsvorlagen vor, **der das Reichskabinett einmütig zustimmte.**

Die Begründung hat die Aufgbe, das Deckungsprogramm der Reichsregierung für die gesamte Oeffentlichkeit in den Rahmen des großen Programms der Reichsregierung einzufügen. Ziel dieser Politik ist die

Ueberwindung der Arbeitslosigkeit,

die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen

Die Arbeitslosigkeit ist nur ein Symptom der schweren wirtschaftlichen Depression. Die Reichsregierung ist der festen Ueberzeugung, daß durch ihre Maßnahmen obwohl die Arbeitslosigkeit zum Teil durch eine schwere Weltkrise bedingt ist, in **erheblichem Umfange gemildert werden kann.**

Zu diesem Zweck ist das große Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das im wesentlichen in der Erteilung von Aufträgen der Reichsbahn und Reichspost und in einer starken Belebung des Baumarktes besteht. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarpolitik und der Osthilfe dienen dazu, Arbeit und Brot zu schaffen und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu „vermindern. Voraussetzung für die Möglichkeit der Aufbringung der nötigen Kredite ist die

unverzügliche Herstellung und Erhaltung des Gleichgewichts im Haushalt.

Durchgreifend überwunden werden können jedoch die Schwierigkeiten nur dann, wenn es gelingt, alle Produktionskosten und Preise herabzusetzen und so zu einem generell niedrigeren Preisniveau zu gelangen. Bei dieser Politik ist die Reichsregierung auf die Einsicht und die tätige Mithilfe der Beteiligten angewiesen. Sie wird solchem Vorgehen ihre eigene Hilfe nicht versagen, wie sie es durch die Verbindlichkeitserklärung für die Gruppe Nordwest der Eisen- und Stahlindustrie bewiesen hat. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, zu Produktionsbedingungen zu kommen, die zu einer dauernden Verbesserung des Arbeitsmarktes die Grundlage legen können.

Wesentlich für die Senkung der Produktionskosten ist die Senkung der öffentlichen Lasten. Das Reichskabinett verabschiedete unter diesem Gesichtspunkte ein Gesetz zur

Erzielung von Ersparnissen bei Reich, Ländern und Gemeinden.

Entsprechend der Notwendigkeit, zu einer Vereinfachung der gesamten Lebensführung zu kommen, beschloß das Reichskabinett, auf 20 Prozent der den Reichsministern für Repräsentationszwecke zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verzichten. Diese vorgesehenen umfassenden Reformen können aber ausreichende Ersparnisse nur auf lange Sicht bringen, während die Not der Zeit und die Durchführung des Gesamtprogramms der Reichsregierung entschlossenes, sofortiges Handeln erfordert. Deshalb hält die Reichsregierung fest an der Notwendigkeit der sofortigen Erledigung des Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung, der Deckungsvorlagen und des Entwurfs einer Reform der Krankenversicherung, der heute vom Reichskabinett verabschiedet wurde. Dieser Entwurf bezweckt den Ausgleich der vorübergehenden Belastung, die durch Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung eintreten. Das Reichskabinett ist sich schlüssig geworden, dem Reichstage Abstriche am Reichsetat im Einzelnen zu unterbreiten. Auch diese Ersparnisse können nach Lage der Dinge zur Zeit nur geringfügig sein, wenn an den größten Ausgabenposten — den Personalkosten — vorbeigegangen wird. Für diese Ersparnisse ist zur Zeit kein anderer Weg möglich, als wie die vom Reichskabinett beschlossene Reichshilfe der Festbesoldeten. Auch die in gesicherter Lebensstellung Befindlichen müssen der Not der Zeit ein Opfer bringen, wie auch von den Arbeitnehmern Opfer gefordert werden.

Die Reichsregierung sieht in dem Ganzen ein einheitliches Programm, an dem sie nach wie vor festhält.

Verhandlungen über Lohn- und Preissenkung

Nachprüfung der Eisenpreise.

Inzwischen sind am Freitag die Verhandlungen der Unternehmervertreter mit den Gewerkschaftsführern über eine Lohn- und Preissenkung wieder aufgenommen worden. In Kreisen der Unternehmer war man ziemlich zuversichtlich über den Ausgang der Aussprache. Es ist damit zu rechnen, daß die Öffentlichkeit über die hinter verschlossenen Türen stattfindenden Beratungen bald nähere Aufklärung erhalten wird, zumal man sich von den Besprechungen, falls sie tatsächlich zu einem Erfolg führen sollten, allerhand für die Ankurbelung der Wirtschaft verspricht.

Die von den Arbeitgeberverbänden in der Eisenindustrie gefaßten Beschlüsse über die Preissenkung werden gegenwärtig im Reichsarbeitsministerium sowie im Reichswirtschaftsministerium nachgeprüft. Man will vor allem untersuchen, ob die Herabsetzungen der Arbeitgeber gemäß dem Schiedsspruch als ausreichend anzusehen sind. Im allgemeinen beträgt die Preisherabsetzung nach den Vorschlägen der Arbeitgeber etwa vier bis fünf Prozent. Die Arbeitgeberverbände erklären, daß bei einer Lohnkürzung von 7½ Prozent, wie sie der Schiedsspruch für die Akkordlöhne vorsieht, eine Senkung der Preise um vier bis fünf Prozent ein Maximum darstelle, da ja die Höhe des Lohnes nur einen Bruchteil der Höhe des Preises ausmache.

Die Gemeinschaftsarbeit der Unternehmer und Gewerkschaftsvertreter.

Zuversichtliche Verlautbarung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie veröffentlicht folgende Mitteilung über die Besprechungen zum Preis- und Lohnabbau: Die Vertreter der Spitzengewerkschaften, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände haben in den Besprechungen der letzten Wochen, ausgehend von der schweren Krisis der Wirtschaft und insbesondere der hohen Zahl der Arbeitslosen, die Fragen der dauernden Sanierung unserer öffentlichen Finanzen, der Selbstkostengestalten der Wirtschaft, der Preisbildung und der Möglichkeiten der Hebung des Absatzes, damit der Produktion und der

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF